

Ein Hinterbänkler ist kein Schwergewicht¹

Der «ideale Politiker» ist so widersprüchlich wie seine Sprache

Von Christine Egerszegi-Obrist²

Wir sind in einem Wahljahr: Kürzlich hat mir ein Kollege schmunzelnd gesagt: «Die idealen Politiker sieht man nur auf Wahlplakaten: Dort sind sie tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.» Das hat mich auf die Idee gebracht, in meinem Bekanntenkreis die Frage zu stellen, wie man sich denn einen idealen Politiker oder eine gute Politikerin vorstellt. Das Ergebnis ist beeindruckend: Der ideale Politiker sorgt sich aufrichtig um das Wohl aller, ist immer freundlich, zugänglich, aber trotzdem kein Netter. Er ist gut gekleidet, schätzt modische Jeans, und man mag ihn, wegen seiner Hemdsärmeligkeit. Obwohl er ein breites Wissen und viel Erfahrung hat, wirkt er jugendlich, frisch. Er hat eine positive Ausstrahlung, kann sich für vieles begeistern, vermeidet aber alles Überschwängliche. Natürlich ist er ein mitfühlender Mensch; jedoch wehleidig darf er nicht sein, denn Niederlagen muss er ohne weiteres wegstecken können, sonst ist er ein Weichei.

Der ideale Politiker hat ein offenes Ohr für alle Anliegen, nimmt sie ernst und geht verständnisvoll darauf ein. Schliesslich bewilligt er alles, ohne dafür Geld auszugeben, und zieht konsequent auch unpopuläre Entscheide gegen den Widerstand hartnäckiger Interessenvertreter durch. Er ist aussergewöhnlich flexibel – mit einem starken Rückgrat – und tanzt zwar auf allen Hochzeiten, aber selbstverständlich nicht mit jeder Braut. Wenn es sich um eine Politikerin handelt, dann soll sie auch noch weiblichen Charme mit männlicher Power ausstrahlen. Sie sollte wissen, dass gutes Aussehen für Wahlerfolge hilfreich ist, aber achtgeben, dass sie die Falten im Gesicht nicht versteckt! Sie muss überzeugen, ohne zu belehren. Kurz: sie sollte bezaubern, ohne zu verhexen.

1 Referat an der SVDS-Jahresversammlung vom 13. Juni 2015 in Bern, Unter- und Zwischentitel von der Redaktion.

2 Die Romanistin Christine Egerszegi-Obrist ist Ständerätin des Kantons Aargau und tritt nicht mehr zur Wiederwahl an.– ch_egerszegi@bluewin.ch

1. Wir sind in einem Wahljahr

Die Strassenkandelaber werden behängt, der Parteipräsident holt den Velodress aus dem Schrank, die Ratskollegin kauft eine Sonntags-tracht und Sennenhund Willy wird vom Ledersofa genommen. An unzähligen Podien und Standaktionen kann man sich von den Qualitäten der Politikerinnen und Politiker überzeugen. In vielen Beiträgen und Berichten werden wir lesen, hören und sehen, für was und für wen sie sich in den kommenden vier Jahren engagieren werden. Und wir können uns bereits freuen: es stehen wieder lauter Frauen und Männer zur Wahl, die sich einsetzen wollen:

- *für eine menschlichere Politik; eine Politik mit Nulltoleranz gegenüber kriminellen Ausländern;*
- *für das Wohlergehen aller Familien, unabhängig ihrer Lebensform;*
- *für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen mit bezahlbaren Leistungen für alle;*
- *für ein vielseitiges, hochwertiges Bildungsangebot mit mehr Chancengleichheit;*
- *für einen würdigen Lebensabend ohne Rentenklau;*
- *für tiefere Steuern für die ganze Bevölkerung – nicht nur für ein paar wenige – und vor allem auch für jene, die ihre Kinder selber grossziehen;*
- *für eine intakte Umwelt, den nachhaltigen Schutz der Landschaft und den natürlichen Ressourcen;*
- *für eine sichere Zukunft in Freiheit, Souveränität und Wohlstand, so wie es mündige Bürger verdienen;*
- *für den geförderten Ausbau von Schienen und Strassen und die freie Wahl der Verkehrsmittel.*

Ja, selbst *für den Erhalt der Privatsphäre und die Offenlegung aller Interessenbindungen* wollen sie sich stark machen. Ja, wir ahnen es, so wird es auch diesmal in den verschiedenen Wahlunterlagen stehen. Natürlich holt man nicht nur Stimmen mit dem, was man will, sondern ebenso oder gar noch wichtiger ist, das was man unbedingt verhindern will, ja verhindern muss. Es wird gekämpft gegen *das Giesskannen-*

prinzip, die Kuscheljustiz, die Regulierungswut, das Bürokratiemonster, die Steuerschlupflöcher, die Wischiwaschi-Politik, Scheininvaliden, Sozial-schmarotzer, schleichende Kulturlandzerstörung, Staatskinder und fremde Richter. So facettenreich ist die Sprache der Politik. Böse Zungen behaupten, Politiker – und ich meine immer auch Politikerinnen mit – hätten schlechte Zeiten viel lieber: Dann kommen ihre Versprechungen und Vorsätze viel glaubwürdiger an.

Ja, wir sind in einem Wahljahr: Die parteipolitischen Aussagen werden wirkungsvoll zugespitzt, und doch wird viel geredet ohne Konkretes zu sagen, um ja keine Wähler zu vergraulen. Zwar fordert man energisch *Klartext*, kündigt aber statt harten Sparmassnahmen eine fade *Haushaltentlastung* an. Es ist eine Kunst, aus dem Nichts möglichst viel herauszuholen:

- *Jetzt muss man ein Zeichen setzen!*
- *Jetzt muss man endlich durchgreifen!*
- *Jetzt muss man wirklich Schranken setzen, damit die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen.*

Um handfest zu zeigen, wie man die Probleme im Griff hat, halten etliche meiner Kollegen beim Argumentieren drei Finger hin, atmen tief und führen drei Punkte, drei Grundsätze, drei goldene Regeln oder drei Schritte für das weitere Vorgehen an, zum Beispiel:

- *Ich meine, dass wir bereits heute für eine Richtungsänderung auf gutem Wege sind. Wir sind daran, alle Möglichkeiten zu prüfen, und werden alle notwendigen Massnahmen zügig an die Hand nehmen.*
- *Jetzt braucht es noch ein paar umfassende Abklärungen. Dann wird möglichst rasch eine Expertengruppe eingesetzt, die die Grundlage für eine tragfähige Mehrheit erarbeiten soll.*
- *Aber wichtig ist: Bis Ende Jahr wollen wir – ohne Wenn und Aber – eine griffige Lösung auf dem Tisch haben, damit wir nachher unverzüglich entsprechende Änderungen einleiten können.*

Das tönt doch gut, oder? Etwas vereinfacht zusammengefasst, könnte man ins Handbuch der Politik für Neueinsteiger als übliche Vorgehensweise in drei Punkten schreiben:

1. Meinen statt wissen
2. Abwarten statt handeln
3. Wollen statt können.

Und das entspräche eigentlich der Behauptung, dass Politik eher Maulwerk statt Handwerk sei!

2. Ausweichmanöver – eine sehr bekannte Erscheinung

In der Politik ist es wichtig, dass man unbequemen Fragen ausweichen und sich um ein gefordertes Zugeständnis drücken kann. Dazu wird oft ein Wort aus der Mottenkiste geholt, das ich in der Politik nicht ausstehen kann. Es ist der Vorwand «Präjudiz». Und es gibt wahre Spezialisten, die damit jeden Versuch einer Neuerung im Kern bekämpfen oder sich regelrecht aus jeder konkreten Antwort schlängeln. Ja, und wieder haben wir die drei Argumente, die sie beharrlich vertreten:

1. *Es geht nicht, weil man es noch nie so gemacht hat.*
2. *Es geht nicht, weil man es schon immer so gemacht hat.*
3. *Es geht nicht, sonst könnte ja jeder kommen.*

Es gibt aber auch jene, die gern Versprechungen nach allen Seiten machen, aber wenn es dann drauf ankommt, dann kneifen sie. Ich formuliere das jeweils so: Sobald es Fleisch am Knochen hat, dann sagen viele, sie seien halt doch Vegetarier, oder eine Spur poetischer ausgedrückt:

Nicht dagegen / Nicht dafür / Mitten durch / Die Hintertür.

Manchmal ruft das schon fast nach einer *Umfallversicherung* für Politikerinnen und Politiker!

Als bewusste oder selbstbewusste Ungenauigkeiten bezeichne ich Ausdrücke wie *es ist 5 vor 12*, ein *Schulterschluss*, eine *Fremdsprache* oder die *Nachhaltigkeit*, die oft mit 2 «*l*» geschrieben werden sollte. Um Prophezeiungen Nachdruck zu verleihen, fällt oft die Aussage: «Es ist jetzt bereits **5 vor 12**». Dies vor allem, wenn es um den Klimaschutz, die Zuwanderung oder die Kosten im Gesundheitswesen geht. Haben

Sie sich schon einmal die Frage gestellt: Was passiert eigentlich um 12 Uhr?

In letzter Zeit macht ein Wort gross Furore: **Schulterschluss**. Drei Parteipräsidenten sitzen zusammen, Schulter an Schulter, und unterzeichnen ein Papier. Da dessen Inhalt nur ihnen bekannt ist, kümmert sich nachher niemand darum. Den Medien gibt es viel Stoff mit dem Vorwurf, der Schulterschluss sei bereits gebrochen. Entschuldigung, aber das Beieinanderstehen, oder in jenem Fall sogar Schulter an Schulter vor den Medien zu sitzen, ist ein ziemlich statischer Akt. Wenn sie aufstehen, ist die Wirkung doch bereits verpufft. Für einen Handschlag müsste man immerhin konkret die Muskeln aktivieren, die Hand hinstrecken: Deshalb ist es offensichtlich: Ein Handschlag ist auch in der Politik gewichtiger als ein Schulterschluss.

Es braucht viel, bis ich mich wirklich aufrege: Aber eines der unmöglichsten Wörter im Gebrauch von Politikern finde ich, wenn man in der deutschen Schweiz die Beschränkung auf nur *eine* obligatorische **Fremdsprache** in der Schule fordert. Damit wird die französische Sprache kaltschnäuzig gleich unter den Tisch gewischt. Das sage ich nicht als Französischlehrerin, sondern weil Französisch eben keine Fremdsprache, sondern eine Landessprache ist.

3. Die politische Sprache lebt von Bildern

Nicht nur Fotos prägen die Eindrücke über die Arbeit der Politikerinnen und Politiker, sondern auch **sprachliche Bilder**. Kennen Sie das Sprichwort: «Schlimmer, als den Wölfen mit zu heulen, ist mit den Schafen zu blöken und mit den Schweinen zu grunzen»? Es liegt mir daran, an dieser Stelle anzufügen, dass jede Ähnlichkeit mit noch lebenden Personen oder Gruppierungen rein zufällig wäre! Damit will ich nur zeigen, dass die Politik selber häufig mit Bildern arbeitet. Neben den schwarzen Schafen, die wir ja im Begriffe sind auszuschaffen, sind uns noch andere Tiere in der Sprache der Politik vertraut: Mit der *Ochsentour* meint man den Weg vom Protokollführer der Ortspartei über die Finanzkommission der Gemeinde bis zum Amt als Kantonsrat

und schliesslich zum Nationalrat. Alle kennen die *Elefantenrunde*. Das sind die Präsidenten der wichtigsten Parteien, die nach einer Volksabstimmung das Resultat kommentieren und untereinander diskutieren, wer jetzt die grössten *Kröten zu schlucken* hat. Etwas weniger geläufig ist bei den Wahlen die *Zebra-Liste*, ein Zürcher Phänomen. Das heisst, dass man abwechslungsweise Kandidatinnen und Kandidaten aufführt und damit die Listensitze schön hälftig zwischen den Geschlechtern verteilt.

Gar nicht abschätzig spricht man von alten *Füchsen*, *Hasen* oder gar *Dinosauriern* in der Politik. Damit bezeichnet man langjährige, verdiente Amtsträger. Nicht immer schmeichelnd, aber auch durchaus bildhaft, werden andere Kategorien von Politikern umschrieben: *Hinterbänkler*, *Schwergewichte*, *Einzelkämpfer*, *Sesselkleber*, *Quereinsteiger*, *Mandatesammler (Ämtlifresser)*, *Windfahne*, *Senkrechtstarter*. Zwar habe ich das Wort noch nie gehört, aber ich finde, es gibt in der Politik auch *Senkrechtländer*. Häufig werden aber auch Teile der Bevölkerung regelrecht abqualifiziert: *Gutmenschen*, *Zuwanderer*, *Wahlschweizer*, *Scheininvaliden*, *Sozialschmarotzer*, *Steuersünder*, *Wirtschaftsflüchtlinge* – erstaunlich ist, dass in der politischen Sprache die *Finanzflüchtlinge* gar nicht vorkommen. Man nennt sie dann eher *Pauschalbesteuerte*.

Interessant ist, wie **Farben und Zahlen** eingesetzt werden. Politisch am interessantesten ist eine Null. Null ist aber nicht gleich Null. Da gibt es eine *schwarze* oder eine *rote Null*, je nachdem, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Es gibt aber auch einen *Nullentscheid* oder das *Nullwachstum*. Beide tönen zwar eindrücklich, aber es sind Widersprüche in sich selber. Entweder gibt es einen Entscheid oder ein Wachstum, oder dann eben nicht. Noch nulliger erscheint da die *Nulltoleranz*. Sie erhebt sich gegen *Rowdies*, *Vermummte* und *Kriminelle*. Offensichtlich nehmen Nullen in der Politik eine beachtenswerte Stellung ein.

Nicht schwarz und rot, sondern schwarz und weiss spielt in der Geldpolitik eine grosse Rolle. Noch vor ein paar Jahren haben die Banken eine einfarbige Geldpolitik betrieben. Dann kam die Forderung

nach einer *Weissgeldstrategie*. Obwohl noch viel *Schwarzgeld* vorhanden war, durfte es nicht mehr gewaschen werden. Das kam die Banken, aber auch die Eidgenossenschaft ziemlich teuer zu stehen.

4. **Feinheiten, die gar nicht so fein sind**

Solche «Feinheiten» spiegeln sich in den Wörtern *Überalterung*, *Demografie-Falle*, *Umbau* der Sozialversicherungen. Sie spiegeln sich auch in unserem Staatsverständnis.

Was höher, grösser, weiter ist, als die Norm, das Übliche, aber auch das Zuträgliche, dem hängt man die Vorsilbe «über-» an: *Überforderung*, *Überschwemmung*, *Überhitzung*, *Überregulierung* usw. Darum stellt sich doch die Frage: Was ist denn eigentlich bei der **Überalterung** der Gesellschaft zu viel? Zu alt? Zu lang gelebt? Überalterung ist einfach ein grässliches Wort, das ganz unbedenklich in jedem Bericht zur Altersvorsorge verwendet wird. Ja, und oft wird es noch kombiniert mit der **Demografie-Falle**. Eine Falle, in der die jüngeren Generationen gefangen werden und kaum mehr herauskommen können. Ich finde diese Ausdrücke krass. Das ist einfach unverschämt, diskriminierend, entwürdigend.

Gerade im Wahlkampf, wenn es um die Finanzierung der Sozialversicherung geht, sagen viele, dass sie für einen **Umbau** sind und jeden Abbau der Leistungen strikt ablehnen. Damit betonen sie ihre soziale Verantwortung gegenüber der betroffenen Gesellschaft. Doch halt: das ist nicht ehrlich. Beim genaueren Hinsehen ist offenkundig: Wer umbaut, nimmt auf der einen Seite etwas weg und verschiebt es auf die andere. Also ist ein Umbau immer auf der einen Seite ein Abbau, auf der anderen ein Ausbau. Dann stellt sich nur noch die Frage, wer dadurch gewinnt und wer verlieren wird.

Genau gleich verhält es sich mit der viel gepriesenen **Kostenneutralität**. Es werden Leistungen zugesagt, aber es steht genau gleich viel Geld zur Verfügung. Das muss dann an einem andern Ort eingespart werden.

Wir haben ein eigenartiges **Verhältnis zu unserem Land**: Am 1. August sprechen alle von unserer Heimat, sogar von unserem Vaterland. Wir loben die Errungenschaften im Bund der Eidgenossen und danken dem Staat, dass er uns über Jahrhunderte Frieden, Freiheit und Wohlstand bewahrt hat. Für den Rest des Jahres schieben wir alle Regulierungen und Einschränkungen auf den Bund. Und es heisst, dass der Staat alles bestimmen und befehlen wolle, alles, was Private viel besser könnten. Ja, dieser Staat (und mit ihm die *Classe politique*) wollte so weit gehen, dass er die Förderung von Betreuungsstrukturen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Verfassung aufnehmen wollte. Aber das wurde von den Ständen abgelehnt: Es hiess *Staatskinder – nein danke!* Kleiner Nachtrag: *Staatsrinder – nein danke!* habe ich noch nie gehört!

Ich habe immer behauptet, in der Politik könne man sich Respekt und Achtung verschaffen, aber Liebe und Geborgenheit, was auch jeder braucht, das erhält man gewöhnlich andernorts. So erstaunt die Aussage von Helmut Hubacher nicht sehr: *Steht dir einer auf die Flosse, ist es sicher ein Genosse*. Das gilt für alle Parteien. Und ab und zu hört man ja auch die Steigerung: *Feind – Erzfeind – Parteifreund...*

Ja, Worte bedeuten Macht. Deshalb ist die Wortwahl in der Politik ein wichtiges Werkzeug. Und ich kann mich gern berufen auf Mephisto in Goethes Faust I, im Studierzimmer:

*Mit Worten lässt sich trefflich streiten,
Mit Worten ein System bereiten,
An Worte lässt sich trefflich glauben,
von einem Wort lässt sich kein Jota rauben.*

Sie haben mir eine faszinierende Aufgabe gestellt. Und ich komme zum Schluss: Ja, die Politik hat durchaus ihre eigene Sprache: So sind *Steuergeschenke* nichts für *Gutmenschen* und ein *Hinterbänkler* ist nie ein *Schweregewicht*, auch wenn er über hundert Kilo wiegt.